

Die Wohnungsfrage in Groß-Berlin.

In der auch in der „Vossischen Zeitung“ öfters erörterten Frage der Schaffung eines Wohnungs-Zweckverbandes schreibt uns unser V-+Mitarbeiter:

Schon vor länger als Monatsfrist wurde hier darauf hingewiesen, daß keine Möglichkeit besteht, die Groß-Berliner Gemeinden zur gemeinsamen Arbeit auf dem Wohnungsgebiet zu veranlassen. In der Zwischenzeit ist denn ja auch der „Zweckverband zur Bekämpfung der Wohnungsnot“ nahezu eingeschlafen, bevor er das Licht der Welt erblickt hat.

Es ist gewiß anzuerkennen, daß der Berliner Magistrat kein Mittel unversucht ließ, um einen Ausgleich der verschiedenartigen Wünsche der Berliner Vororte herbeizuführen, aber um die sich immer stärker geltend machende Wohnungsnot wirklich bekämpfen zu können, muß man jetzt doch wünschen, daß die einzelnen Gemeinden ihren örtlichen Verhältnissen angepaßte Arbeit leisten, anstatt sich weiter in nutzlose Erörterungen über die Zweckmäßigkeit gemeinsamer Arbeit zu ergehen. Auch der Ruf nach der staatlichen Aufsichtsbehörde, daß sie zwangswise eingreifend die Verpflichtungen der einzelnen Gemeinden auf dem Gebiete der Volkspflege festlegen möge, erscheint nicht angebracht. Es würde dabei nichts weiter herauskommen, als eine Einschränkung der Selbstverwaltung der Städte und ein neues Zwangsbündnis, in dem zu wirken keiner rechte Lust verspüren würde. Die geringen Erfolge des Zweckverbandes Groß-Berlin und die vielen Streitigkeiten, die in ihm ausgetragen werden, sollten davon abhalten, noch ein ähnliches Gebilde für Berlin und seine Vororte zu erstreben. Die Verhältnisse liegen eben so, daß die westlichen Gemeinden in Groß-Berlin ganz andere Ziele und Absichten in der Wohnungsfrage haben, als die östlichen und südlichen Industriestädte und die kleineren Landgemeinden. Charlottenburg und Wilmersdorf wollen sich von dem „Proletariat“ möglichst frei halten und innerhalb ihrer Stadtbezirke keine großen Arbeiterviertel entstehen sehen, während die übrigen Gemeinden nicht geneigt sind, lediglich Arbeiterorte zu bleiben. Sie wollen den schon beschrittenen Weg, für ein steuerkräftiges Bürgerium Wohngelegenheiten zu schaffen, ohne dabei die Fürsorge für die Arbeiterschaft zu vernachlässigen, weiter verfolgen. Man kann es verstehen, wenn sie nicht geneigt sind, in ihren Bemerkungen einen großen Teil der untersten Arbeiterschichten Groß-Berlins aufzunehmen, selbst dann nicht, wenn man ihnen Beiträge zur Schaffung guter Verkehrsbedingungen nach allen Industriegegenden in und um Berlin gewährt.

Während in einer ganzen Reihe von Provinzstädten der Wohnungsnot bereits tatkräftig entgegengetreten wird, und auch verschiedene kleinere Gemeinden um Berlin schon dabei sind, Arbeiterfiedlungen zu schaffen, haben die Groß-Berliner die Zeit mit fruchtlosen Erörterungen und dem Austragen kommunaler Streitigkeiten ausgefüllt. Jetzt rückt der Oktober heran, und mit ihm der große Umzugstag, ohne daß seit dem Januar dieses Jahres irgend etwas Praktisches geschehen wäre, um den immer stärker in Erscheinung tretenden Wohnungsmangel entgegenzutreten. Dabei ist die schnelle Schaffung neuer Wohngelegenheiten nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für weite Kreise des Mittelstandes nötig, und die Gemeinden Groß-Berlins brauchen nichts weiteres als Baustoffe, Arbeitskräfte und staatliche Beihilfe.

Man kann nur wünschen, daß der neue Staatskommissar für das Wohnungswesen sich nicht erst lange den Kopf darüber zerbricht, wie die Groß-Berliner Gemeinden in der Wohnungsfrage unter einen Hut zu bringen sind, sondern die einzelnen Städte befragt, was sie leisten wollen, und ihnen dann die Vorbedingungen zur Ausführung ihrer Pläne erfüllt. Es wäre zu beklagen, wenn

auch der notwendige schnelle Bau von neuen Klein- und Mittelwohnungen in Berlin und den Vororten an der Groß-Berliner Frage scheitern, oder doch eine erhebliche Verzögerung erfahren sollte.